

Antrag

der Staatsregierung

auf Zustimmung zum Vierzehnten Staatsvertrag zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge (Vierzehnter Rundfunkänderungsstaatsvertrag)

Die Staatsregierung hat mit Schreiben vom 25. Juni 2010 um Zustimmung des Bayerischen Landtags gemäß Art. 72 Abs. 2 der Verfassung des Freistaates Bayern zu nachstehendem Staatsvertrag gebeten:

Vierzehnter Staatsvertrag zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge (Vierzehnter Rundfunkänderungsstaatsvertrag)

Das Land Baden-Württemberg,
der Freistaat Bayern,
das Land Berlin,
das Land Brandenburg,
die Freie Hansestadt Bremen,
die Freie und Hansestadt Hamburg,
das Land Hessen,
das Land Mecklenburg-Vorpommern,
das Land Niedersachsen,
das Land Nordrhein-Westfalen,
das Land Rheinland-Pfalz,
das Saarland,
der Freistaat Sachsen,
das Land Sachsen-Anhalt,
das Land Schleswig-Holstein und
der Freistaat Thüringen
schließen nachstehenden Staatsvertrag:

*) nach Erstellung der Drucksache wurde die Begründung zum Vierzehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag nachgereicht.

Artikel 1

Änderung des Jugendmedienschutz-Staatsvertrages

Der Jugendmedienschutz-Staatsvertrag vom 10. bis 27. September 2002, zuletzt geändert durch den Dreizehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag vom 30. Oktober bis 20. November 2009, wird wie folgt geändert:

1. Das Inhaltsverzeichnis wird wie folgt geändert:
 - a) § 10 wird wie folgt neu gefasst:
„§ 10 Programmankündigungen und Kennzeichnung“
 - b) § 11 wird wie folgt neu gefasst:
„§ 11 Jugendschutzprogramme, Zugangssysteme“
 - c) § 12 wird wie folgt neu gefasst:
„§ 12 Kennzeichnung“
2. § 2 wird wie folgt geändert:
 - a) Absatz 1 wird wie folgt neu gefasst:
„(1) Dieser Staatsvertrag gilt für Rundfunk und Telemedien im Sinne des Rundfunkstaatsvertrages.“
 - b) Der bisherige Absatz 2 wird gestrichen.
 - c) Der bisherige Absatz 3 wird der neue Absatz 2.
3. § 3 wird wie folgt neu gefasst:

„§ 3 Begriffsbestimmungen

Im Sinne dieses Staatsvertrages sind

1. „Angebote“ Inhalte im Rundfunk oder Inhalte von Telemedien im Sinne des Rundfunkstaatsvertrages,
 2. „Anbieter“ Rundfunkveranstalter oder Anbieter von Telemedien.“
4. § 4 wird wie folgt geändert:
 - a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:
 - aa) Satz 1 wird wie folgt geändert:
 - aaa) Nummer 4 wird wie folgt neu gefasst:
„4. eine unter der Herrschaft des Nationalsozialismus begangene Handlung der in § 6 Abs. 1 des Völkerstrafgesetzbuches bezeichneten Art in einer Weise, die geeignet ist, den öffentlichen Frieden zu stören, leugnen oder verharmlosen, den öffentlichen Frieden in einer die Würde der Opfer verletzenden Weise dadurch stören, dass die nationalsozialistische Gewalt- und Willkürherrschaft gebilligt, verherrlicht oder gerechtfertigt wird,“

bbb) Nummer 10 wird wie folgt neu gefasst:

„10. pornografisch sind und Gewalttätigkeiten, sexuelle Handlungen von, an oder vor Personen unter achtzehn Jahren oder sexuelle Handlungen von Menschen mit Tieren zum Gegenstand haben; dies gilt auch bei virtuellen Darstellungen, oder“

bb) In Satz 2 wird die Angabe „4“ durch die Angabe „4 1. Alternative“ ersetzt.

b) Absatz 2 Satz 2 wird wie folgt neu gefasst:

„In Telemedien sind Angebote abweichend von Satz 1 zulässig, wenn der Anbieter sicherstellt, dass sie nur Erwachsenen zugänglich gemacht werden.“

5. § 5 wird wie folgt neu gefasst:

„§ 5

Entwicklungsbeeinträchtigende Angebote

(1) Sofern Anbieter Angebote, die geeignet sind, die Entwicklung von Kindern oder Jugendlichen oder ihre Erziehung zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit zu beeinträchtigen, verbreiten oder zugänglich machen, haben sie dafür Sorge zu tragen, dass Kinder oder Jugendliche der betroffenen Altersstufen sie üblicherweise nicht wahrnehmen. Die Altersstufen sind:

1. ab 6 Jahren,
2. ab 12 Jahren,
3. ab 16 Jahren,
4. ab 18 Jahren.

Die Altersstufe „ab 0 Jahre“ kommt für offensichtlich nicht entwicklungsbeeinträchtigende Angebote in Betracht. Bei Angeboten, die Inhalte periodischer Druckerzeugnisse in Text oder Bild wiedergeben, können gegen den Anbieter erst dann Maßnahmen ergriffen werden, wenn eine anerkannte Einrichtung der Freiwilligen Selbstkontrolle oder die Kommission für Jugendmedienschutz (KJM) festgestellt hat, dass das Angebot entwicklungsbeeinträchtigend ist.

(2) Angebote können entsprechend der Altersstufen gekennzeichnet werden. Die Kennzeichnung muss die Altersstufe sowie die Stelle, die die Bewertung vorgenommen hat, eindeutig erkennen lassen. Anbieter können ihre Angebote einer nach § 19 anerkannten Einrichtung der Freiwilligen Selbstkontrolle zur Bewertung oder Bestätigung ihrer Bewertung vorlegen. Durch die KJM bestätigte Altersbewertungen von anerkannten Einrichtungen der Freiwilligen Selbstkontrolle sind von den obersten Landesjugendbehörden für die Freigabe und Kennzeichnung inhaltsgleicher oder im Wesentlichen inhaltsgleicher Angebote nach dem Jugendschutzgesetz zu übernehmen; für die Prüfung durch die KJM gilt § 20 Abs. 3 Satz 1 und Abs. 5 Satz 2 entsprechend.

(3) Die Kennzeichnung von Angeboten, die den Zugang zu Inhalten vermitteln, die gemäß §§ 7 ff. des Telemediengesetzes nicht vollständig in den Verantwortungsbereich des Anbieters fallen, insbesondere weil diese von Nutzern in das Angebot integriert werden oder das Angebot durch Nutzer verändert wird, setzt voraus, dass der Anbieter die Einbeziehung oder den Verbleib von Inhalten im Gesamtangebot verhindert, die geeignet sind, die Entwicklung von Kindern oder Jugendlichen, die das Alter der gekennzeichneten Altersstufe noch nicht erreicht haben, zu beeinträchtigen. Der Nachweis, dass ausreichende Schutzmaßnahmen ergriffen wurden, gilt als erbracht, wenn sich der Anbieter dem Verhaltenskodex einer anerkannten Einrichtung der Freiwilligen Selbstkontrolle unterwirft.

(4) Altersfreigaben nach § 14 Abs. 2 des Jugendschutzgesetzes sind für die Bewertung zu übernehmen. Es sind die Kennzeichen der Selbstkontrollen nach dem Jugendschutzgesetz zu verwenden. Satz 1 gilt entsprechend für Angebote, die mit den bewerteten Angeboten im Wesentlichen inhaltsgleich sind.

(5) Der Anbieter kann seiner Pflicht aus Absatz 1 dadurch entsprechen, dass er

1. durch technische oder sonstige Mittel die Wahrnehmung des Angebots durch Kinder oder Jugendliche der betroffenen Altersstufe unmöglich macht oder wesentlich erschwert oder
2. die Zeit, in der die Angebote verbreitet oder zugänglich gemacht werden, so wählt, dass Kinder oder Jugendliche der betroffenen Altersstufe üblicherweise die Angebote nicht wahrnehmen.

(6) Ist eine entwicklungsbeeinträchtigende Wirkung im Sinne von Absatz 1 auf Kinder oder Jugendliche anzunehmen, erfüllt der Anbieter seine Verpflichtung nach Absatz 1, wenn das Angebot nur zwischen 23 Uhr und 6 Uhr verbreitet oder zugänglich gemacht wird. Wenn eine entwicklungsbeeinträchtigende Wirkung auf Kinder oder Jugendliche unter 16 Jahren zu befürchten ist, erfüllt der Anbieter seine Verpflichtung nach Absatz 1, wenn das Angebot nur zwischen 22 Uhr und 6 Uhr verbreitet oder zugänglich gemacht wird. Bei der Wahl der Zeit zur Verbreitung des Angebots und des Umfelds für Angebote der Altersstufe „ab 12 Jahren“ ist dem Wohl jüngerer Kinder Rechnung zu tragen.

(7) Ist eine entwicklungsbeeinträchtigende Wirkung im Sinne von Absatz 1 nur auf Kinder unter 12 Jahren zu befürchten, erfüllt der Anbieter von Telemedien seine Verpflichtung nach Absatz 1, wenn das Angebot getrennt von für diese Kinder bestimmten Angeboten verbreitet wird oder abrufbar ist.

(8) Absatz 1 gilt nicht für Nachrichtensendungen, Sendungen zum politischen Zeitgeschehen im Rundfunk und vergleichbare Angebote bei Telemedien, es sei denn, es besteht offensichtlich kein berechtigtes Interesse gerade an dieser Form der Darstellung oder Berichterstattung.“

6. In § 7 Abs. 3 werden folgende neue Sätze 4 und 5 angefügt:

„Der Anbieter hat wesentliche Informationen über den Jugendschutzbeauftragten leicht erkennbar, unmittelbar erreichbar und ständig verfügbar zu halten. Sie müssen insbesondere Namen, Anschrift und Daten enthalten, die eine schnelle elektronische Kontaktaufnahme und unmittelbare Kommunikation mit ihm ermöglichen.“

7. In § 8 Abs. 1 wird die Angabe „Kommission für Jugendmedienschutz (KJM)“ durch die Angabe „KJM“ ersetzt.

8. § 9 Abs. 1 wird wie folgt neu gefasst:

„(1) Auf Antrag des Intendanten kann das jeweils zuständige Organ der in der ARD zusammengeschlossenen Landesrundfunkanstalten, des Deutschlandradios und des ZDF sowie auf Antrag eines privaten Rundfunkveranstalters die KJM oder eine von dieser hierfür anerkannte Einrichtung der Freiwilligen Selbstkontrolle jeweils in Richtlinien oder für den Einzelfall von § 5 Abs. 4 in Verbindung mit § 5 Abs. 6 abweichen, wenn die Altersfreigabe nach § 14 Abs. 2 des Jugendschutzgesetzes länger als zehn Jahre zurückliegt oder das Angebot für die geplante Sendezeit bearbeitet wurde.“

9. § 10 wird wie folgt geändert:

- a) Die Überschrift wird wie folgt neu gefasst:

„§ 10
Programmankündigungen und Kennzeichnung“

- b) In Absatz 1 wird die Verweisung auf „§ 5 Abs. 4 und 5“ durch die Verweisung auf „§ 5 Abs. 6 und 7“ ersetzt.

- c) Absatz 2 wird wie folgt neu gefasst:

„(2) Die Kennzeichnung entwicklungsbeeinträchtigender Sendungen erfolgt durch optische oder akustische Mittel zu Beginn der Sendung. Ist eine entwicklungsbeeinträchtigende Wirkung auf Kinder oder Jugendliche unter 16 Jahren anzunehmen, muss die Sendung durch akustische Zeichen angekündigt oder durch optische Mittel während der gesamten Sendung als ungeeignet für die entsprechende Altersstufe kenntlich gemacht werden. Die in der ARD zusammengeschlossenen Landesrundfunkanstalten, das ZDF, das Deutschlandradio und die KJM legen im Benehmen mit den obersten Landesjugendbehörden einheitliche Kennzeichen fest.“

10. Der III. Abschnitt wird wie folgt neu gefasst:

„III. Abschnitt
Vorschriften für Telemedien

§ 11
Jugendschutzprogramme, Zugangssysteme

- (1) Der Anbieter von Telemedien kann den Anforderungen nach § 5 Abs. 5 Nr. 1 dadurch genügen, dass

1. Angebote, die geeignet sind, die Entwicklung und Erziehung von Kindern und Jugendlichen zu beeinträchtigen, für ein geeignetes Jugendschutzprogramm programmiert werden oder
2. durch ein geeignetes Zugangssystem der Zugang nur Personen ab einer bestimmten Altersgruppe eröffnet wird.

Zugangsvermittler (Diansteanbieter im Sinne von § 2 Nr. 1 des Telemediengesetzes, die aufgrund eines zivilrechtlichen Vertrages mit Hilfe von Telekommunikationsdiensten nach § 3 Nr. 24 des Telekommunikationsgesetzes den Zugang zur Nutzung fremder Telemedien vermitteln) haben ihren Vertragspartnern ein anerkanntes Jugendschutzprogramm nach Satz 1 Nr. 1 leicht auffindbar anzubieten. Dies gilt nicht gegenüber ausschließlich selbstständigen oder gewerblichen Vertragspartnern, sofern Jugendschutzbelange nicht berührt sind.

(2) Jugendschutzprogramme müssen einen dem jeweiligen Stand der Technik entsprechenden, nach den Altersstufen gemäß § 5 Abs. 1 Satz 2 differenzierten Zugang ermöglichen oder vergleichbar geeignet sein. Unabhängig vom jeweiligen Stand der Technik sind Jugendschutzprogramme nur dann geeignet, wenn sie

1. auf der Grundlage einer vorhandenen Anbieterkennzeichnung einen altersdifferenzierten Zugang zu Angeboten aus dem Geltungsbereich dieses Staatsvertrages ermöglichen,
2. eine hohe Zuverlässigkeit bei der Erkennung aller Angebote bieten, die geeignet sind, die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen aller Altersstufen im Sinne von § 5 Abs. 1 Satz 1 zu beeinträchtigen, und
3. es dem Nutzer ermöglichen, im Rahmen eines altersdifferenzierten Zugangs zu Angeboten festzulegen, inwieweit im Interesse eines höheren Schutzniveaus unvermeidbare Zugangsbeschränkungen hingenommen werden.

(3) Jugendschutzprogramme nach Absatz 1 Nr. 1 müssen zur Anerkennung ihrer Eignung vorgelegt werden. Die zuständige Landesmedienanstalt trifft ihre Entscheidung durch die KJM. Zuständig ist die Landesmedienanstalt, bei der der Antrag auf Anerkennung gestellt ist. Ein Jugendschutzprogramm gilt als anerkannt, wenn eine anerkannte Einrichtung der Freiwilligen Selbstkontrolle ein Jugendschutzprogramm positiv beurteilt und die KJM das Jugendschutzprogramm nicht innerhalb von vier Monaten nach Mitteilung der Beurteilung durch die Freiwillige Selbstkontrolle beanstandet hat; für die Prüfung durch die KJM gilt § 20 Abs. 5 Satz 2 entsprechend. Die Anerkennung kann ganz oder teilweise widerrufen werden, wenn die Voraussetzungen für die Anerkennung nachträglich entfallen sind oder der Anbieter eines Jugendschutzprogramms keine Vorkehrungen zur Anpassung an den jeweiligen Stand der Technik ergreift.

(4) Zugangssysteme, die den Zugang zu Inhalten nach § 4 Abs. 2 eröffnen, müssen gewährleisten, dass eine Volljährigkeitsprüfung über eine persönliche Identifizierung erfolgt und beim einzelnen Nutzungsvorgang nur identifizierte und altersgeprüfte Personen Zugang erhalten. Soweit der Zugang zu anderen Inhalten eröffnet wird, ist bei der Ausgestaltung der Grad der Entwicklungsbeeinträchtigung nach § 5 Abs. 1 besonders zu berücksichtigen.

§ 12

Kennzeichnung

Für Telemedien muss die Kennzeichnung so umgesetzt werden, dass Jugendschutzprogramme diese Kennzeichnung zur Umsetzung eines altersdifferenzierten Zugangs nutzen können. Die anerkannten Einrichtungen der Freiwilligen Selbstkontrolle, die KJM, die in der ARD zusammengeschlossenen Landesrundfunkanstalten, das ZDF und das Deutschlandradio legen im Benehmen mit den obersten Landesjugendbehörden einheitliche Kennzeichen und technische Standards für deren Auslesbarkeit fest.“

11. In § 15 Abs. 2 Satz 2 werden nach den Wörtern „Benehmen mit“ die Wörter „den nach § 19 anerkannten Einrichtungen der Freiwilligen Selbstkontrolle,“ eingefügt.
12. § 16 wird wie folgt geändert:
 - a) Es wird folgende neue Nummer 6 eingefügt:

„6. die Herstellung des Benehmens nach § 10 Abs. 2 und § 12,“
 - b) Die bisherigen Nummern 6 bis 8 werden die neuen Nummern 7 bis 9.
13. § 17 wird wie folgt geändert:
 - a) In Absatz 2 werden nach dem Wort „Medien“ die Wörter „und den obersten Landesjugendbehörden“ eingefügt.
 - b) In Absatz 3 wird folgender neuer Satz 2 angefügt:

„In dem Bericht ist die Dauer der Verfahren darzustellen.“
14. § 18 wird wie folgt geändert:
 - a) In Absatz 1 Satz 2 wird die Angabe „bis zum 31. Dezember 2012“ gestrichen.
 - b) Absatz 4 wird wie folgt neu gefasst:

„(4) Bei Verstößen gegen Bestimmungen dieses Staatsvertrages weist „jugendschutz.net“ den Anbieter hierauf hin und informiert die KJM. Bei Verstößen von Mitgliedern einer anerkannten Einrichtung der Freiwilligen Selbstkontrolle erfolgt der Hinweis zunächst an diese Einrichtung.“
15. § 19 wird wie folgt geändert:
 - a) In Absatz 4 werden die Sätze 5 und 6 wie folgt neu gefasst:

„Einrichtungen der Freiwilligen Selbstkontrolle, die zum 1. Januar 2010 aufgrund einer bestehenden Vereinbarung nach § 14 Abs. 6 Satz 1 des Jugendschutzgesetzes tätig sind, gelten als anerkannt, soweit es die freiwillige Alterskennzeichnung von im Wesentlichen unveränderbaren Spielprogrammen und für das Kino produzierten Filmen betrifft, wenn diese Spielprogramme und Filme zum Herunterladen im Internet angeboten werden. Die jeweilige Einrichtung zeigt die Aufnahme ihrer Tätigkeit nach Satz 5 der KJM an.“

- b) Absatz 5 wird wie folgt neu gefasst:

„(5) Erfüllt eine nach Absatz 4 anerkannte Einrichtung der Freiwilligen Selbstkontrolle die Aufgaben nach diesem Staatsvertrag im Einzelfall nicht, kann die zuständige Landesmedienanstalt durch die KJM Beanstandungen aussprechen. Die Anerkennung kann ganz oder teilweise widerrufen oder mit Auflagen verbunden werden, wenn Voraussetzungen für die Anerkennung nicht oder nicht mehr vorliegen oder sich die Spruchpraxis der Einrichtung nicht im Einklang mit dem geltenden Jugendschutzrecht befindet. Die nach Landesrecht zuständigen Organe der Landesmedienanstalten entwickeln hierzu Verfahrenskriterien. Eine Entschädigung für Vermögensnachteile durch den Widerruf der Anerkennung wird nicht gewährt.“

16. § 20 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 3 Satz 1 werden nach den Wörtern „durch den Veranstalter“ ein Komma und der Halbsatz „mit Ausnahme von Verstößen gegen § 4 Abs. 1,“ eingefügt.
- b) In Absatz 5 wird folgender neuer Satz 3 angefügt:

„Bei Verstößen gegen § 4 haben Widerspruch und Anfechtungsklage des Anbieters von Telemedien keine aufschiebende Wirkung.“
- c) Absatz 6 Satz 2 wird wie folgt neu gefasst:

„Ergibt sich danach keine Zuständigkeit oder bei Gefahr im Verzug für unaufschiebbare Maßnahmen, ist diejenige Landesmedienanstalt zuständig, in deren Bezirk der Anlass für die Amtshandlung hervortritt.“
- d) Absatz 7 wird gestrichen.

17. § 24 wird wie folgt geändert:

- a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:
 - aa) Nummer 1 wird wie folgt geändert:
 - aaa) In Buchstabe d wird der Verweis auf „§ 4 Abs. 1 Satz 1 Nr. 4“ durch den Verweis auf „§ 4 Abs. 1 Satz 1 Nr. 4 1. Alternative“ ersetzt und die Angabe „oder § 7 Abs.1“ gestrichen.

- bbb) Es wird folgender neuer Buchstabe e eingefügt:
- „e) entgegen § 4 Abs. 1 Satz 1 Nr. 4 2. Alternative den öffentlichen Frieden in einer die Würde der Opfer verletzenden Weise dadurch stören, dass die nationalsozialistische Gewalt- und Willkürherrschaft gebilligt, verherrlicht oder gerechtfertigt wird,“.
- ccc) Die bisherigen Buchstaben e bis i werden die neuen Buchstaben f bis j.
- ddd) Der bisherige Buchstabe j wird der neue Buchstabe k und wie folgt neu gefasst:
- „k) entgegen § 4 Abs. 1 Satz 1 Nr. 10 pornografisch sind und Gewalttätigkeiten, sexuelle Handlungen von, an oder vor Personen unter achtzehn Jahren oder sexuelle Handlungen von Menschen mit Tieren zum Gegenstand haben; dies gilt auch bei virtuellen Darstellungen, oder“
- eee) Der bisherige Buchstabe k wird der neue Buchstabe l.
- bb) Nummer 4 wird wie folgt neu gefasst:
- „4. entgegen § 5 Abs. 1 Angebote verbreitet oder zugänglich macht, die geeignet sind, die Entwicklung von Kindern oder Jugendlichen zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit zu beeinträchtigen, ohne dafür Sorge zu tragen, dass Kinder oder Jugendliche der betroffenen Altersstufe sie üblicherweise nicht wahrnehmen, es sei denn, dass der Anbieter von Telemedien die von ihm angebotenen Inhalte durch ein von einer anerkannten Einrichtung der Freiwilligen Selbstkontrolle zur Verfügung gestelltes Klassifizierungssystem gekennzeichnet, die Kennzeichnung dokumentiert und keine unzutreffenden Angaben gemacht hat,“
- cc) Es wird folgende neue Nummer 5 eingefügt:
- „5. entgegen § 5 Abs. 2 wiederholt sein Angebot mit einer offenbar zu niedrigen Altersstufe bewertet oder kennzeichnet,“
- dd) Die bisherigen Nummern 5 bis 7 werden die neuen Nummern 6 bis 8.
- ee) Es wird folgende neue Nummer 9 eingefügt:
- „9. Werbung entgegen § 6 Abs. 2 bis 5 oder Teleshopping oder Sponsoring entgegen § 6 Abs. 6 verbreitet,“.

- ff) Die bisherige Nummer 8 wird die neue Nummer 10 und nach der Angabe „§ 7“ wird die Angabe „Abs. 1“ eingefügt.
- gg) Es wird folgende neue Nummer 11 eingefügt:
- „11. entgegen § 7 Abs. 3 Satz 4 und 5 nicht die wesentlichen Informationen über den Jugendschutzbeauftragten leicht erkennbar, unmittelbar erreichbar und ständig verfügbar hält,“
- hh) Die bisherige Nummer 9 wird die neue Nummer 12.
- ii) Die bisherige Nummer 10 wird die neue Nummer 13 und wie folgt neu gefasst:
- „13. Sendungen entgegen der nach § 5 Abs. 4 zu übernehmenden Altersfreigabe verbreitet, ohne dass die KJM oder eine hierfür anerkannte Einrichtung der Freiwilligen Selbstkontrolle die Eignung zur Entwicklungsbeeinträchtigung gemäß § 9 Abs. 1 Satz 1 abweichend beurteilt,“
- jj) Die bisherigen Nummern 11 und 12 werden die neuen Nummern 14 und 15.
- kk) Die bisherige Nummer 13 wird gestrichen, die bisherigen Nummern 14 bis 16 werden die neuen Nummern 16 bis 18.
- b) Absatz 2 wird wie folgt neu gefasst:
- „(2) Ordnungswidrig handelt ferner, wer vorsätzlich im Rahmen eines Verfahrens zur Anerkennung einer Einrichtung der Freiwilligen Selbstkontrolle nach § 19 Abs. 4 falsche Angaben macht.“

Artikel 2

Änderung des Rundfunkstaatsvertrages

Der Rundfunkstaatsvertrag vom 31. August 1991, zuletzt geändert durch den Dreizehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag vom 30. Oktober bis 20. November 2009, wird wie folgt geändert:

1. In § 16d Abs. 1 Satz 1 wird die Verweisung „nach § 319 Abs. 1 Satz 1 des Handelsgesetzbuches“ gestrichen.
2. In § 49 Abs. 2 wird die Angabe „15 und 16“ durch die Angabe „28 und 29“ ersetzt.

Artikel 3

Änderung des Deutschlandradio-Staatsvertrages

In § 21 Abs. 1 Buchst. t des Deutschlandradio-Staatsvertrages vom 17. Juni 1993, zuletzt geändert durch den Zwölften Rundfunkänderungsstaatsvertrag vom 18. Dezember 2008, werden die Wörter „des Bundes der stalinistisch Verfolgten“ durch die Wörter „der Vereinigung der Opfer des Stalinismus“ ersetzt.

Artikel 4**Kündigung, Inkrafttreten, Neubekanntmachung**

(1) Für die Kündigung der in Artikel 1, 2 und 3 geänderten Staatsverträge sind die dort vorgesehenen Kündigungsvorschriften maßgebend.

(2) Dieser Staatsvertrag tritt am 1. Januar 2011 in Kraft. Sind bis zum 31. Dezember 2010 nicht alle Ratifikationsurkunden bei der Staatskanzlei des Vorsitzenden der Ministerpräsidentenkonferenz hinterlegt, wird der Staatsvertrag gegenstandslos.

(3) Die Staatskanzlei des Vorsitzenden der Ministerpräsidentenkonferenz teilt den Ländern die Hinterlegung der Ratifikationsurkunden mit.

(4) Die Länder werden ermächtigt, den Wortlaut des Jugendmedienschutz-Staatsvertrages, des Rundfunkstaatsvertrages und des Deutschlandradio-Staatsvertrages in der Fassung, die sich aus den Artikeln 1, 2 und 3 ergibt, mit neuem Datum bekannt zu machen.

Für das Land Baden-Württemberg: Berlin, den 10.06.2010	Stefan Mappus
Für den Freistaat Bayern: Berlin, den 10.06.2010	Horst Seehofer
Für das Land Berlin: Berlin, den 10.06.2010	Klaus Wowereit
Für das Land Brandenburg: Berlin, den 10.06.2010	Matthias Platzeck
Für die Freie Hansestadt Bremen: Berlin, den 10.06.2010	Jens Böhrnsen
Für die Freie und Hansestadt Hamburg: Berlin, den 10.06.2010	Ole von Beust
Für das Land Hessen: Berlin, den 10.6.2010	R. Koch
Für das Land Mecklenburg-Vorpommern: Berlin, den 10.06.2010	Erwin Sellering
Für das Land Niedersachsen: Berlin, den 10.06.2010	Christian Wulff
Für das Land Nordrhein-Westfalen: Berlin, den 10.06.2010	Jürgen Rüttgers
Für das Land Rheinland-Pfalz: Berlin, den 10.06.2010	Kurt Beck
Für das Saarland: Berlin, den 10.06.2010	Peter Müller
Für den Freistaat Sachsen: Berlin, den 10.06.2010	St. Tillich
Für das Land Sachsen-Anhalt: Berlin, den 10.06.2010	Böhmer
Für das Land Schleswig-Holstein: Berlin, den 10.06.2010	Peter Harry Carstensen
Für den Freistaat Thüringen: Berlin, den 10.06.2010	Christine Lieberknecht

Protokollerklärung aller Länder zum 14. Rundfunkänderungsstaatsvertrag

Die Länder kommen angesichts der dynamischen Entwicklung der Medien überein, die Bestimmungen dieses Staatsvertrages spätestens drei Jahre nach Inkrafttreten zu evaluieren.

Protokollerklärung aller Länder zu § 5 des Jugendmedienschutz-Staatsvertrages

Die Länder erwarten, dass Anbieter gemäß § 3, die gewerbsmäßig oder in großem Umfang Telemedien verbreiten oder zugänglich machen, auch die für Kinder oder Jugendliche unbedenklichen Angebote für eine Positivliste programmieren, die auf der Grundlage einer Kooperation von staatlichen Stellen, Unternehmen und Einrichtungen der Freiwilligen Selbstkontrolle zusammen gestellt wird (z. B. „fragFINN“).

Die Länder begrüßen die Anstrengungen der Anbieter, zur Kennzeichnung von Inhalten Selbstklassifizierungssysteme zu entwickeln. Sie sehen in Selbstklassifizierungssystemen einen wichtigen Schritt zur Verbreitung von Alterskennzeichnungen. Die Länder nehmen in Aussicht, die Nutzung solcher Systeme weiter zu privilegieren, sobald entsprechende Erfahrungen aus der Praxis vorliegen.

Protokollerklärung des Landes Baden-Württemberg, der Freien Hansestadt Bremen, der Freien und Hansestadt Hamburg, des Landes Hessen, des Saarlandes, des Landes Sachsen und des Landes Schleswig-Holstein zu § 5 des Jugendmedienschutz-Staatsvertrages

Das Land Baden-Württemberg, die Freie Hansestadt Bremen, die Freie und Hansestadt Hamburg, das Land Hessen, das Saarland, das Land Sachsen und das Land Schleswig-Holstein unterstreichen, dass die technische Umsetzung von Jugendschutzmaßnahmen nicht dazu führen darf, dass anderweitige Schutzvorkehrungen verpflichtend vorgeschrieben werden.

Das Land Baden-Württemberg, die Freie Hansestadt Bremen, die Freie und Hansestadt Hamburg, das Land Hessen, das Saarland, das Land Sachsen und das Land Schleswig-Holstein stellen fest, dass die Kontrollpflichten von Anbietern für fremde Inhalte, auch im Rahmen von Foren und Blogs, durch diesen Staatsvertrag nicht erweitert werden.

Protokollerklärung aller Länder zu § 10 Abs. 2 des Jugendmedienschutz-Staatsvertrages

Die Länder sehen bei der digitalen Rundfunkübertragung technische Möglichkeiten zur Alterskennzeichnung, die u.a. von Digitalreovern und Festplattenrekordern ausgelesen werden kann. Dies könnte ein wichtiger Ansatz zur Fortentwicklung des Jugendmedienschutzes sein. Sie erwarten von den Rundfunkveranstaltern und den Anbietern von Digitalreovern und Festplattenrekordern Anstrengungen, die digitale Auslesbarkeit von Alterskennzeichen technisch umzusetzen.

Protokollerklärung des Landes Baden-Württemberg

Die Verbreitung von Inhalten über das Internet hat in den vergangenen Jahren eine besondere Dynamik erfahren. Neue Kommunikationsformen und Dienste haben den Menschen hierbei einfache, leicht zugängliche Möglichkeiten der Meinungsäußerung und Interaktion eröffnet. Diese Formen der Bürgerbeteiligung stellen einen wertvollen Beitrag zur politischen Willensbildung und damit gelebte Meinungsfreiheit in einer modernen Demokratie dar.

Das Land Baden-Württemberg begrüßt diese Entwicklung und bekennt sich zu der Verantwortung unseres freiheitlichen Staatswesens, die rechtlichen Rahmenbedingungen im Bereich der Telemedien so auszugestalten, dass diese neuen Formen der Bürgerbeteiligung bestmögliche Entfaltungsmöglichkeiten finden. Zu hohe und unklare rechtliche Anforderungen können dabei insbesondere auf private und nicht gewerbliche Anbieter von Medieninhalten eine abschreckende Wirkung entfalten. Dies birgt die Gefahr, dass diese aus Sorge vor unübersehbaren rechtlichen Konsequenzen auf die Nutzung des Internets als Verbreitungsweg ihrer Medienangebote verzichten.

Der aktuellen Konzeption des Jugendmedienschutzes liegt erkennbar das Bemühen zugrunde, die bisherigen, ganz überwiegend auf die kommerzielle Verbreitung von Medienangeboten zugeschnittenen Lösungen auch für die veränderten Strukturen der Medienverbreitung über das Internet nutzbar zu machen. Schutzmaßnahmen wie Sendezeitbegrenzungen oder die Kennzeichnung von Produkten mit Altersbeschränkungen haben sich dabei für die klassischen Verbreitungswege (Rundfunk, Vertrieb von Ton- und Datenträgern) bewährt. Aufgrund der unterschiedlichen Verbreitungswege und der hohen Zahl nicht gewerblicher Anbieter im Internet lassen sich mit diesen Mechanismen aber nicht ohne weiteres sämtliche Besonderheiten der Medienverbreitung über das Internet abbilden.

Das Land Baden-Württemberg tritt daher dafür ein, die in Aussicht genommene Evaluation des neuen Jugendmedienschutzstaatsvertrages zugleich als Chance für eine grundlegende Neukonzeption des Jugendmedienschutzes für Internetangebote zu nutzen. Nur so lassen sich maßgeschneiderte Lösungen finden, die dem Bedürfnis sowohl nach einem effektiven Erwerb von Medienkompetenz durch Kinder und Jugendliche als auch nach vorbeugendem Schutz vor jugendgefährdenden Inhalten Rechnung tragen.

Begründung:

A. Allgemeines

Die Regierungschefin und die Regierungschefs der Länder haben am 10. Juni 2010 den Vierzehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag unterzeichnet.

Der Vierzehnte Rundfunkänderungsstaatsvertrag enthält neben der Überarbeitung des Jugendmedienschutz-Staatsvertrages (Artikel 1) auch redaktionelle Änderungen des Rundfunkstaatsvertrages (Artikel 2) und des Deutschlandradio-Staatsvertrages (Artikel 3).

Anlass für die Überarbeitung des Jugendmedienschutz-Staatsvertrages war zum einen die Protokollerklärung der Länder zur Evaluierung des Jugendmedienschutz-Staatsvertrages aus dem Jahr 2002, auf deren Grundlage das Hans-Bredow-Institut für Medienforschung an der Universität Hamburg einen Evaluierungsbericht erstellt hat. Zum anderen trägt die Novellierung dem auf den Amoklauf von Winnenden und Wendlingen zurückgehenden entsprechenden Auftrag der Ministerpräsidentenkonferenz vom 4. Juni 2009 Rechnung. Die Novellierung des Jugendmedienschutz-Staatsvertrages führt dem Evaluierungsergebnis folgend zu einer Weiterentwicklung und Stärkung des Systems der regulierten Selbstregulierung, auf dem der Jugendmedienschutz-Staatsvertrag seit seiner Verabschiedung basiert. Zudem werden die Regelungsansätze des Jugendmedienschutz-Staatsvertrages und des Jugendschutzgesetzes des Bundes, in dessen Regelungsbereich die Trägermedien fallen, weiter vereinheitlicht, um der fortschreitenden Medienkonvergenz Rechnung zu tragen. In diesem Zusammenhang ist insbesondere die neue Möglichkeit der Alterskennzeichnung für online-vertriebene Computerspiele zu erwähnen. Ferner werden durch den novellierten Jugendmedienschutz-Staatsvertrag durch konkretisierte gesetzliche Vorgaben neue Impulse für die Entwicklung und Verbreitung von Jugendschutzprogrammen gesetzt, um den Personen mit Erziehungsverantwortung baldmöglichst ein Instrument zum Schutz ihrer Kinder im Internet zur Verfügung zu stellen. Durch die Möglichkeit der Alterskennzeichnung werden die Handlungsoptionen der Anbieter zur Erfüllung ihrer jugendschutzrechtlichen Verpflichtungen erweitert.

Der freie Zugang zu Informationsquellen sowie die freie Kommunikation sind Grundpfeiler eines demokratischen Staates und gleichzeitig Voraussetzung für eine wissensbasierte Gesellschaft. Internet und Medien sind aus dem heutigen Alltag nicht mehr wegzudenken und für viele Bevölkerungsgruppen ein zentrales Instrument zur gesellschaftlichen Teilhabe. Dabei ist der Schutz von Kindern und Jugendlichen vor nicht altersgerechten Internetinhalten ein besonders zu schützendes, hohes Gut. Anbieter entwicklungsbeeinträchtigender und erziehungsbeeinträchtigender Angebote im Fernsehen, Radio und Internet bleiben weiterhin durch den Staatsvertrag verpflichtet, dafür zu sorgen, dass Kinder und Jugendliche diese üblicherweise nicht wahrnehmen. Durch die Novellierung werden keine weiteren Verpflichtungen für die Inhalteanbieter geschaffen. Es werden Rahmenbedingungen für eine gemeinsam getragene Verantwortung von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft geschaffen und der erfolgreiche Weg der regulierten Selbstregulierung fortgesetzt.

Wesentliche Neuerung der Novellierung ist die Einführung einer freiwilligen Alterskennzeichnung von Internetangeboten. Bislang ist eine Alterskennzeichnung lediglich für Trägermedien im Jugendschutzgesetz vorgesehen. Die Novellierung legt die Altersstufen des Jugendschutzgesetzes zu Grunde, sodass ein nutzerfreundliches, alle elektronischen Medien einschließendes Alterskennzeichnungssystem etabliert wird. Der Anbieter kann seine jugendschutzrechtliche Verpflichtung dadurch erfüllen, dass er sein An-

gebot freiwillig mit einem Alterskennzeichen versieht, das für ein anerkanntes Jugendschutzprogramm programmiert ist. Erziehungsberechtigte können zum Schutz minderjähriger Kinder vor nicht altersgerechten Angeboten ein solches Jugendschutzprogramm installieren und aktivieren. Der Jugendmedienschutz-Staatsvertrag setzt in diesem Zusammenhang auf nutzerautonome – von Erziehungsberechtigten einzusetzende – Lösungen und zeigt diesen damit einen Weg auf, wie sie Verantwortung für ihre Kinder auch im Netz wahrnehmen können. Die Zugangsprovider werden verpflichtet, ihren Kunden ein anerkanntes Jugendschutzprogramm leicht auffindbar anzubieten. Die Alterskennzeichnung von Angeboten kann durch den Anbieter selbst oder durch eine anerkannte Einrichtung der Freiwilligen Selbstkontrolle erfolgen. Auch durch die gegenseitige Anerkennung von Alterskennzeichnungen im Online- und Offline-Bereich wird der Medienkonvergenz Rechnung getragen. Neben der freiwilligen Alterskennzeichnung hat der Anbieter weiterhin die Möglichkeit, seiner Pflicht durch andere technische Mittel oder Zeitbeschränkungen nachzukommen. Für Anbieter von Inhalten, die von Dritten mitgestaltet werden („user generated content“, wie beispielsweise in Blogs oder Foren), werden die jugendmedienschutzrechtlichen Verpflichtungen ebenfalls nicht erweitert. Ihnen wird durch die Novellierung des Jugendmedienschutz-Staatsvertrages jedoch ebenfalls die Möglichkeit der Alterskennzeichnung eröffnet.

Zudem nimmt die Novellierung des Jugendmedienschutz-Staatsvertrages im Lichte der verfassungsrechtlich garantierten Pressefreiheit mit dem Berichterstattungsprivileg eine Beweislastumkehr zugunsten journalistischer Berichterstattung vor. Ferner werden Anbieter privilegiert, die ihr Angebot freiwillig mit einer Altersstufe kennzeichnen und sich zur Alterskennzeichnung ihres Angebotes eines Selbstklassifizierungssystems einer anerkannten Einrichtung der Freiwilligen Selbstkontrolle ordnungsgemäß bedient haben.

Der Jugendmedienschutz-Staatsvertrag sichert zudem die Finanzierung der 1997 von den Jugendministern der Länder gegründeten und organisatorisch an die KJM angebundenen länderübergreifenden Stelle für Jugendschutz, „jugendschutz.net“, dauerhaft ab, da sie sich als Stelle zur Überprüfung und Bewertung möglicher jugendschutzrelevanter Angebote im Internet bewährt hat.

Dieser Staatsvertrag unterliegt bezüglich der jugendenschutzrechtlichen Bestimmungen zu Telemedien der Notifizierungspflicht gemäß der Richtlinie 98/48/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juli 1998 zur Änderung der Richtlinie 98/34/EG über ein Informationsverfahren auf dem Gebiet der Normen und technischen Vorschriften. Die entsprechende Notifizierung bei der Europäischen Kommission wurde vorgenommen.

B. Zu den einzelnen Bestimmungen

I. Begründung zu Artikel 1

Änderung des Jugendmedienschutz-Staatsvertrages

A. Allgemeines

Die Änderungen des Jugendmedienschutz-Staatsvertrages betreffen im Wesentlichen Ergänzungen im Katalog unzulässiger Angebote (§ 4), die Neufassung der Bestimmungen über entwicklungsbeeinträchtigende Angebote (§ 5), die Neufassung der Bestimmungen über Jugendschutzprogramme und Zugangssysteme (§ 11) sowie deren Kennzeichnung (§ 12), die Anerkennung von Einrichtungen der Freiwilligen Selbstkontrolle (§ 19), ferner Ergänzungen bei den Bestimmungen über die Aufsicht (§ 20) und dem Katalog der Ordnungswidrigkeiten (§ 24).

B. Zu den einzelnen Bestimmungen

Zu Nummer 1

Nummer 1 enthält die notwendigen Anpassungen des Inhaltsverzeichnisses.

Zu Nummer 2

Wie bisher umfasst der Geltungsbereich des Staatsvertrages nach § 2 Abs. 1 Rundfunk und Telemedien im Sinne des Rundfunkstaatsvertrages. Die Definition von Rundfunk und Telemedien ergibt sich aus der Begriffsbestimmung des § 2 Abs. 1 des Rundfunkstaatsvertrages, die den in der Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste genannten Kriterien Rechnung trägt. Da die im bisherigen Absatz 2 vorgenommene negative Abgrenzung zu Telekommunikationsdiensten nach § 3 Nr. 24 des Telekommunikationsgesetzes und zu telekommunikationsgestützten Diensten nach § 3 Nr. 25 des Telekommunikationsgesetzes in § 2 Abs. 1 Satz 3 des Rundfunkstaatsvertrages geregelt ist, ist der bisherige Absatz 2 obsolet geworden und wird daher gestrichen.

Zu Nummer 3

Mit der Neufassung des § 3 ist keine materielle Änderung der Begriffsbestimmungen für „Angebote“ und „Anbieter“ verbunden. Nummer 1 der Vorschrift knüpft an die Begriffsbestimmungen des § 2 des Rundfunkstaatsvertrages an, dessen Absatz 2 Nr. 1 im Hinblick auf Rundfunk ebenso dessen Inhalte in Bezug nimmt wie dies hinsichtlich der Telemedien bereits in der ursprünglichen Fassung des Jugendmedienschutz-Staatsvertrages der Fall war.

Der in Nummer 2 enthaltene Anbieterbegriff ist identisch mit dem Wortlaut der bisherigen Fassung des Jugendmedienschutz-Staatsvertrages, so dass diese Legaldefinition keine Änderung erfahren hat. Da nach § 5 Abs. 1 Satz 2 die Altersstufen des Jugendschutzgesetzes zugrunde gelegt werden, sind die in der bisherigen Fassung des Staatsvertrages vorgenommenen Definitionen der Begriffe „Kind“ und „Jugendlicher“ obsolet geworden.

Zu Nummer 4

Mit der Änderung von § 4 Abs. 1 wird der Katalog der unzulässigen Angebote, die an Straftatbestände anknüpfen, an die aktuelle Fassung des Strafgesetzbuches, zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 2. Oktober 2009 (BGBl. I S. 3214), angepasst; die Strafbarkeit nach dem Strafgesetzbuch bleibt unberührt.

Der neue § 4 Abs. 1 Nr. 4 1. Alternative betrifft den Tatbestand des Billigens, des Leugnens oder des Verharmlosens von Verbrechen des Nationalsozialismus gemäß § 130 Abs. 3 des Strafgesetzbuches, der insoweit nicht § 7 Abs. 1, sondern § 6 Abs. 1 des Völkerstrafgesetzbuches in Bezug nimmt. Der neue § 4 Abs. 1 Nr. 4 2. Alternative betrifft den Tatbestand des Billigens, des Verherrlichens oder des Rechtfertigens der nationalsozialistischen Gewalt- und Willkürherrschaft gemäß § 130 Abs. 4 des Strafgesetzbuches.

§ 4 Abs. 1 Nr. 10 verbietet die Verbreitung von pornographischen Inhalten nach § 184d des Strafgesetzbuches, der wiederum die Straftatbestände der §§ 184 (Verbreitung pornographischer Schriften), 184a (Verbreitung gewalt- und tierpornographischer Schriften), 184b (Verbreitung, Erwerb und Besitz kinderpornographischer Schriften) und 184c (Verbreitung, Erwerb und Besitz jugendpornographischer Schriften) des Strafgesetzbuches in Bezug nimmt. Das Verbot gilt auch für die Echtzeit-Übertragung im Internet ohne Zwischenspeicherung.

Mit der Neufassung von Absatz 2 Satz 2 ist keine materielle Änderung verbunden. Abweichend von Absatz 1 Satz 1 sind Angebote in Telemedien zulässig, wenn der Anbieter sicherstellt, dass sie

nur Erwachsenen zugänglich gemacht werden. Die Neufassung beschränkt sich auf eine sprachliche Anpassung und auf die Streichung des Klammerzusatzes „(geschlossene Benutzergruppe)“. Die Streichung wurde insbesondere im Hinblick auf § 11 Abs. 4 Satz 1 vorgenommen, der allein auf den Begriff des Zugangssystems, das den Zugang zu Inhalten nach § 4 Abs. 2 eröffnet, abstellt. Mit Blick auf eine einheitliche Terminologie wird daher im Normtext des Staatsvertrages der Begriff der geschlossenen Benutzergruppe nicht mehr verwendet. Hierfür spricht auch, dass der Begriff der geschlossenen Benutzergruppe einhergehend mit neuen technischen Entwicklungen inzwischen auch in anderen – nicht jugendmedienschutzrechtlichen – Zusammenhängen Verwendung findet. Die jugendmedienschutzrechtlichen Anforderungen an entsprechende Zugangssysteme werden in § 11 Abs. 4 Satz 1 geregelt.

Zu Nummer 5

§ 5 regelt Anforderungen an die Verbreitung und das Zugänglichmachen von entwicklungsbeeinträchtigenden bzw. erziehungsbeeinträchtigenden Angeboten. Durch die Neufassung ist die jugendmedienschutzrechtliche Verpflichtung für Anbieter nicht erweitert worden. Jedoch wird den Anbietern von Telemedien, sobald anerkannte Jugendschutzprogramme auf dem Markt sind, mit der freiwilligen Alterskennzeichnung ihrer Angebote eine zusätzliche Option eröffnet, die bestehende Verpflichtung zu erfüllen.

Absatz 1 Satz 1 enthält die zentrale jugendmedienschutzrechtliche Verpflichtung der Anbieter. Sie dürfen Angebote, die eine beeinträchtigende Wirkung auf die Entwicklung von Kindern oder Jugendlichen oder ihre Erziehung zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit haben können, nur unter der Voraussetzung verbreiten, dass sie von Kindern und Jugendlichen der betroffenen Altersstufen normalerweise nicht wahrgenommen werden können. Neben dem Begriff der Entwicklungsbeeinträchtigung wird der Begriff der Erziehungsbeeinträchtigung aufgenommen, um eine redaktionelle Anpassung an das Jugendschutzgesetz zu erreichen. Satz 2 legt die Altersstufen „ab 6 Jahren“, „ab 12 Jahren“, „ab 16 Jahren“ und „ab 18 Jahren“ fest. Diese entsprechen den Altersstufen des Jugendschutzgesetzes. Die Bezeichnung der Altersstufen „ab 18 Jahren“ und „ab 0 Jahre“ in den Sätzen 2 und 3 sind für eine Novellierung des Jugendschutzgesetzes ebenfalls vorgesehen und entsprechen bereits heute der Praxis der Selbstkontrollen nach dem Jugendschutzgesetz. Dadurch soll ein alle elektronischen Medien umfassendes Alterskennzeichnungssystem etabliert werden.

Satz 4 trägt dem Umstand Rechnung, dass Druckerzeugnisse aufgrund der fortschreitenden Medienkonvergenz zunehmend auch online vertrieben werden. Für den eng gefassten Bereich des Vertriebes elektronischer Ausgaben von Druckerzeugnissen sollen die Verpflichtungen des Anbieters im Online-Bereich der im Offline-Bereich geltenden Rechtslage angeglichen werden. Daher sollen in diesem Bereich Maßnahmen wegen eines Verstoßes gegen § 5 Abs. 1 Satz 1 erst dann möglich sein, wenn die zuständige Aufsichtsstelle festgestellt hat, dass das Angebot entwicklungsbeeinträchtigend ist.

Absatz 2 Satz 1 enthält die neu geregelte Möglichkeit für Anbieter, freiwillig Inhalte altersgemäß zu kennzeichnen. Sobald anerkannte Jugendschutzprogramme nach § 11 Abs. 3 auf dem Markt sind, können Anbieter von Telemedien ihre jugendmedienschutzrechtliche Verpflichtung aus § 5 Abs. 1 mit einer ordnungsgemäßen Alterskennzeichnung ihrer Angebote nach § 5 Abs. 5 Nr. 1 in Verbindung mit § 11 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 erfüllen. Für Anbieter von Telemedien steht die Kennzeichnung als gleichwertige Option neben der Möglichkeit der Programmierung der Angebote für bestimmte Zeitfenster nach § 5 Abs. 5 Nr. 2, wenn die Kennzeich-

nung von einem anerkannten Jugendschutzprogramm ausgelesen werden kann. Satz 2 regelt, dass der Anbieter das Alterskennzeichen so ausgestalten muss, dass der Rezipient sowohl die Altersstufe als auch die Stelle, die die Bewertung vorgenommen hat, unmittelbar erfassen kann. Aus § 12 ergibt sich, dass das Alterskennzeichen neben der technischen Komponente auch eine visuelle Komponente beinhaltet. Die technische Komponente soll von anerkannten Jugendschutzprogrammen ausgelesen werden können, sodass bei deren Einsatz ein altersdifferenzierter Zugang zum Internet ermöglicht wird.

Es werden verschiedene Möglichkeiten vorgesehen, wer die Kennzeichnung vornehmen kann. Diese unterscheiden sich lediglich hinsichtlich der Rechtssicherheit im Hinblick auf eine künftige Abänderung. Zunächst hat der Anbieter nach Satz 1 die Möglichkeit, sein Angebot selbst zu kennzeichnen. Der Anbieter kann sich für die Kennzeichnung auch eines Selbstklassifizierungssystems einer anerkannten Einrichtung der Freiwilligen Selbstkontrolle bedienen.

Eine Anbieterkennzeichnung, die eine für das Angebot zu niedrige Altersstufe angibt, kann durch die zuständige Aufsicht beanstandet werden und der Anbieter kann zur Richtigstellung verpflichtet werden. Dies gilt auch für ein durch ein Selbstklassifizierungssystem unzutreffend ermitteltes Alterskennzeichen.

Wird die Alterskennzeichnung durch eine Einrichtung der Freiwilligen Selbstkontrolle vorgenommen oder bestätigt, bestimmt Satz 4 2. Halbsatz, dass die Aufsichtsbehörde die Alterskennzeichnung nur dann beanstanden kann, wenn die Einrichtung bei der Altersbewertung ihren Beurteilungsspielraum überschritten hat. Für Umfang und die Intensität der Prüfung bei der Bestätigung des anbieterseitigen Kennzeichens ist es ohne Belang, ob die Kennzeichnung unter Zuhilfenahme eines Selbstklassifizierungssystems oder originär durch die Einrichtung der Freiwilligen Selbstkontrolle vorgenommen wurde. Hat die Aufsichtsbehörde die Alterskennzeichnung bestätigt, ist die Aufsicht an die Altersbewertung auch für die Zukunft gebunden.

Satz 4 1. Halbsatz regelt, dass die Altersbewertung für inhaltsgleiche oder im Wesentlichen inhaltsgleiche Trägermedien von den obersten Landesjugendbehörden zu übernehmen sind, ohne dass eine erneute inhaltliche Prüfung nach dem Jugendschutzgesetz erfolgt. Dadurch soll eine einheitliche Altersbewertung und Kennzeichnung im On- und Offline-Bereich bei durch die Aufsicht bestätigten Kennzeichen gewährleistet und der Medienkonvergenz Rechnung getragen werden.

Immer mehr Angebote umfassen Inhalte, die nicht vom Anbieter selbst, sondern von Dritten eingestellt werden (beispielsweise Foren, Blogs, Social Communities). Absatz 3 bietet auch diesen Anbietern die Möglichkeit, ihre Angebote freiwillig zu kennzeichnen. Dabei wird weder eine Ausdehnung der Haftung für fremde Inhalte nach dem Telemediengesetz vorgenommen, noch eine Haftung nach allgemeinen Gesetzen begründet. Allerdings setzt eine Kennzeichnung voraus, dass der Anbieter fremde Inhalte, die nicht seiner Kennzeichnung entsprechen, nicht in seinem Angebot belässt; dies erfordert keine Vorabkontrolle. Nach Satz 2 gilt der Nachweis als erbracht, wenn er sich dem Verhaltenskodex einer anerkannten Einrichtung der Freiwilligen Selbstkontrolle unterwirft, der beispielsweise eine redaktionelle Betreuung und ein Beschwerdemanagement vorschreibt. Für Anbieter, die sich dem Verhaltenskodex nicht unterwerfen, greift die Beweiserleichterung im Hinblick auf die Einhaltung dieser Anforderungen nicht.

Absatz 4 bestimmt, dass Altersfreigaben für Filme, Film- und Spielprogramme der obersten Landesjugendbehörden oder unter Beteiligung der obersten Landesjugendbehörden nach § 14 Abs. 2 des Jugendschutzgesetzes für das entsprechende oder im Wesent-

lichen inhaltsgleiche Angebot im Rundfunk- und Telemedienbereich vom Anbieter zu übernehmen sind. In diesem Fall sind die bekannten und bewährten Kennzeichen aus dem Trägermedienbereich zu verwenden, um durch den Wiedererkennungseffekt ein nachvollziehbares Kennzeichnungssystem für den Nutzer zu gewährleisten.

Absatz 5 entspricht dem bisherigen Absatz 3 und eröffnet dem Anbieter zwei Möglichkeiten seiner Verpflichtung aus § 5 Abs. 1 gerecht zu werden.

Zum einen kann der Anbieter gemäß Nummer 1 durch entsprechende technische oder sonstige Mittel dafür Sorge tragen, dass Kinder und Jugendliche entwicklungsbeeinträchtigende und erziehungsbeeinträchtigende Angebote üblicherweise nicht wahrnehmen. Erforderlich ist hierbei nicht unbedingt, dass der Zugriff Kindern oder Jugendlichen der betroffenen Altersstufe unmöglich ist. Auch eine wesentliche Erschwerung ist ausreichend, da technisch niemals sicher ausgeschlossen werden kann, dass Kinder und Jugendliche Zugriff erhalten können. Insofern sind die Anforderungen an ein Altersverifikationssystem, wie es § 4 Abs. 2 Satz 2 fordert, wesentlich höher. Für den Telemedienbereich werden die technischen Mittel in § 11 Abs. 1 konkretisiert.

Als Alternative eröffnet der Staatsvertrag den Anbietern weiterhin die Möglichkeit, durch eine bestimmte zeitliche Einschränkung des Verbreitens oder Zugänglichmachens des Angebots der Verpflichtung aus § 5 Abs. 1 Satz 1 nachzukommen. Die Option der Zeitbegrenzung stammt ursprünglich aus dem Rundfunkbereich. Auch im Online-Bereich wird der Jugendschutz durch die Begrenzung der zeitlichen Verfügbarkeit weitgehend gewährleistet, da deutschsprachige Angebote, die dem Jugendmedienschutz-Staatsvertrag unterfallen, vor allem in Deutschland nachgefragt werden.

Wenn sich ein Anbieter für die Option der zeitlichen Beschränkung seiner entwicklungsbeeinträchtigenden Angebote entscheidet, hat er die Zeitvorgaben nach Absatz 6 einzuhalten. Ist eine entwicklungsbeeinträchtigende Wirkung auf Jugendliche bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres anzunehmen, erfüllt der Anbieter seine Verpflichtung, wenn er das Angebot nur zwischen 23.00 Uhr und 6.00 Uhr verbreitet oder zugänglich macht. Wenn eine entwicklungsbeeinträchtigende Wirkung für Jugendliche bis zur Vollendung des 16. Lebensjahres anzunehmen ist, erfüllt der Anbieter seine Verpflichtung, wenn er das Angebot nur zwischen 22.00 Uhr und 6.00 Uhr verbreitet oder zugänglich macht.

Satz 3 bestimmt, dass bei Angeboten der Altersstufen „ab 12 Jahren“ bei der Wahl der Verbreitungszeit des Angebots und des Angebotssumfelds auf besondere Seh- und Nutzergewohnheiten jüngerer Kinder Rücksicht zu nehmen ist.

Absatz 7 enthält eine Sonderregelung für Angebote, die Entwicklungsbeeinträchtigungen nur für Kinder unter 12 Jahren befürchten lassen. Nach dieser Bestimmung muss der Anbieter solche Angebote, die nur für Kinder unter 12 Jahren schädlich sein können, getrennt von für diese Kinder bestimmten Angeboten verbreiten oder zum Abruf bereitstellen. Die Alterstufe „12 Jahre“ wurde unter Berücksichtigung der Altersgrenzen des Jugendschutzgesetzes gewählt.

Absatz 8 enthält eine Ausnahme von den Verbreitungsbeschränkungen des Absatzes 1 für Nachrichtensendungen, Sendungen zum politischen Zeitgeschehen im Rundfunk und vergleichbaren Angeboten in Telemedien. Im Rahmen dieses Berichterstattungsprivilegs wurde eine Beweislastumkehr zugunsten journalistischer Nachrichtenberichterstattung vorgenommen. Entsprechende Angebote sind somit ohne Einschränkung möglich, sofern die Aufsichtsbehörde nicht darlegt, dass für die nicht jugendgerechte Form der Darstellung oder Berichterstattung offensichtlich kein

berechtigtes Interesse besteht. Diese Neuerung trägt der verfassungsrechtlichen Güterabwägung zwischen Informationsfreiheit und Jugendschutz Rechnung.

Zu Nummer 6

Die Evaluation hat gezeigt, dass sich das Instrument der Jugendschutzbeauftragten (§ 7) auch im Zusammenspiel mit den anderen Instanzen des Jugendmedienschutzes bewährt hat. Im Hinblick darauf, dass der Jugendschutzbeauftragte sowohl Ansprechpartner für den Nutzer ist als auch den Anbieter in Fragen des Jugendschutzes berät, hat dieser wesentliche Informationen über den Jugendschutzbeauftragten leicht erkennbar, unmittelbar erreichbar und ständig verfügbar zu halten. Diese Informationen müssen insbesondere Namen, Anschrift und Daten enthalten, die eine schnelle elektronische Kontaktaufnahme und unmittelbare Kommunikation mit dem Jugendschutzbeauftragten ermöglichen. Damit soll die Position des Jugendschutzbeauftragten weiter gestärkt werden.

Zu Nummer 7

Bei Nummer 7 handelt es sich um eine redaktionelle Änderung.

Zu Nummer 8

Nummer 8 enthält – in Anlehnung an die Neufassung von § 5 – die Neufassung von § 9 Abs. 1, der unter anderem die Möglichkeit der Abweichung von Altersfreigaben nach § 14 Abs. 2 des Jugendschutzgesetzes regelt. Auch künftig ist es möglich, dass auf Antrag des Intendanten das jeweils zuständige Organ der in der ARD zusammengeschlossenen Landesrundfunkanstalten, des Deutschlandradios und des ZDF oder bei privaten Rundfunkveranstaltern die KJM oder eine von dieser hierfür anerkannte Einrichtung der Freiwilligen Selbstkontrolle jeweils in Richtlinien oder für den Einzelfall von § 5 Abs. 4 in Verbindung mit § 5 Abs. 6 abweichen kann. Voraussetzung dafür ist, dass die Altersfreigabe nach § 14 Abs. 2 des Jugendschutzgesetzes länger als 10 Jahre zurückliegt oder das Angebot für die geplante Sendezeit bearbeitet wurde.

Zu Nummer 9

Nummer 9 enthält die Neufassung von § 10. Schwerpunkt der Vorgaben sind detailliertere Regelungen zur Kenntlichmachung entwicklungsbeeinträchtigender Angebote. Zum einen wird hierzu die bisherige Überschrift „Programmankündigungen und Kenntlichmachung“ durch die neue Überschrift „§ 10 Programmankündigungen und Kennzeichnung“ ersetzt. Darüber hinaus wird wegen der Neufassung von § 5 in Absatz 1 die Verweisung auf „§ 5 Abs. 4 und 5“ durch die Verweisung auf „§ 5 Abs. 6 und 7“ ersetzt. Schließlich wird Absatz 2 neugefasst. Absatz 2 fixiert, dass künftig die Kennzeichnung entwicklungsbeeinträchtigender Sendungen durch optische oder akustische Mittel zu Beginn der Sendung erfolgt. Ist eine entwicklungsbeeinträchtigende Wirkung auf Kinder oder Jugendliche unter 16 Jahren anzunehmen, muss die Sendung durch akustische Zeichen angekündigt oder durch optische Mittel während der gesamten Sendung als ungeeignet für die entsprechende Altersstufe kenntlich gemacht werden. Um den Zuschauern die Wiedererkennung dieser Kennzeichnung zu erleichtern, wird in Satz 3 zur Förderung einer einheitlichen Kennzeichnung bestimmt, dass die in der ARD zusammengeschlossenen Landesrundfunkanstalten, das ZDF, das Deutschlandradio und die KJM im Benehmen mit den obersten Landesjugendbehörden eine einheitliche Kennzeichnung festlegen.

Zu Nummer 10

Gemeinsam mit § 5 regelt der weitgehend neu gefasste III. Abschnitt den weit reichenden Zusammenhang zwischen freiwilliger

Kennzeichnung von Telemedien und deren Nutzung durch anerkannte Jugendschutzprogramme. Durch konkrete Vorgaben in § 11, welchen Anforderungen Jugendschutzprogramme zu genügen haben, und die Stärkung der Rolle der Einrichtungen der Freiwilligen Selbstkontrolle im Rahmen des Anerkennungsverfahrens für Jugendschutzprogramme soll ein neuer Impuls gesetzt werden, damit solche Programme zur Marktreife gebracht und möglichst verbreitet eingesetzt werden können. Jugendschutzprogramme nach diesem Staatsvertrag sind nutzerautonome Filterprogramme, die von Eltern oder sonstigen Betreuungspersonen installiert werden können. Auf die Schaffung einer Infrastruktur für netzseitige Sperrungen ist dieses System bewusst nicht angelegt. In diesem Zuge werden auch die positiven Ergebnisse der Praxis bei der Entwicklung von Altersverifikationssystemen zum Anlass genommen, im Staatsvertrag eine weitergehende Grundlage für den Einsatz solcher und weiterer Zugangssysteme zu schaffen. Der ebenfalls neu gefasste § 12 gibt einen Rahmen vor, wie die Standardisierung und technische Umsetzung der freiwilligen Kennzeichnung von Telemedien gemäß § 5 Abs. 2 und 3 zu erfolgen hat.

Zu § 11

Der weitgehend überarbeitete § 11 greift den Regelungsansatz des bisherigen Jugendmedienschutz-Staatsvertrages auf, dass Jugendschutzprogramme einen zeitgemäßen und gleichzeitig effektiven Jugendschutz im Internet gewähren können. Es wird der im Rahmen der Evaluierung des Jugendmedienschutz-Staatsvertrages festgestellte Verbesserungsbedarf umgesetzt. Die Regelung steht in einem engen systematischen Zusammenhang zu § 5, soweit sich dieser auf Telemedien bezieht. Zunächst wird in § 11 konkretisiert, welche technischen Möglichkeiten einem Anbieter von Telemedien zur Verfügung stehen, um seine Verpflichtung aus § 5 Abs. 1 Satz 1 durch technische oder sonstige Mittel gemäß § 5 Abs. 5 Nr. 1 zu erfüllen. Außerdem wird der Ansatz freiwilliger Kennzeichnungen aus § 5 Abs. 2 und 3 aufgenommen und an die Kennzeichnung werden konkrete Rechtsfolgen geknüpft, um Anreize zu setzen, damit Inhalteanbieter von der Möglichkeit der freiwilligen Alterskennzeichnung umfassend Gebrauch machen. Durch eine technisch auslesbare Kennzeichnung stellt der Anbieter sicher, dass seine Inhalte durch ein Jugendschutzprogramm nicht gefiltert werden und für Kinder und Jugendliche der entsprechenden Altersgruppe erreichbar sind.

Absatz 1 Satz 1 regelt, dass Anbieter ihre Verpflichtung aus § 5 Abs. 5 Nr. 1 entweder dadurch erfüllen können, dass sie diese Inhalte für ein geeignetes Jugendschutzprogramm programmieren (Nummer 1) oder die Möglichkeit der Kenntnisnahme durch die Vorschaltung eines geeigneten Zugangssystems beschränken (Nummer 2).

Nummer 1 war inhaltlich übereinstimmend auch in § 11 Abs. 1 der bisherigen Fassung enthalten. Aus ihr ergibt sich, dass ein Anbieter, der seine Inhalte, die nicht absolut oder relativ unzulässige Angebote nach § 4 sein dürfen, für ein geeignetes Jugendschutzprogramm programmiert, ausreichende Maßnahmen getroffen hat, um die Wahrnehmung jüngerer Nutzer entsprechend § 5 Abs. 1 Satz 1 auszuschließen. Die Programmierung setzt dabei eine technisch auslesbare freiwillige Alterskennzeichnung voraus, die den nach § 12 noch festzulegenden Standards entsprechen muss. Diese Wirkung kann darüber hinaus erst dann eintreten, wenn ein geeignetes Jugendschutzprogramm tatsächlich verfügbar ist. Bis dahin sind Anbieter auch bei einer Kennzeichnung verpflichtet, weitere Schutzmaßnahmen zu ergreifen.

In der Nummer 2 werden die übrigen technischen Mittel als Alternative aufgeführt. Diese werden in Absatz 4 Satz 2 ausführlicher geregelt.

Gemäß Satz 2 werden Zugangsvermittler verpflichtet, ihren Vertragspartnern Jugendschutzprogramme leicht auffindbar anzubieten. Da das Telemediengesetz bisher keine Definition des Zugangsvermittlers kennt, wird hier für den Geltungsbereich dieses Staatsvertrages eine eigene Legaldefinition des Zugangsvermittlers vorgenommen. Die Definitionen des Telemediengesetzes und das dort geregelte abgestufte Haftungssystem bleiben unberührt. Anknüpfungspunkt ist der Diensteanbieterbegriff nach § 2 Nr. 1 des Telemediengesetzes. Da dieser Begriff jedoch auch reine Anbieter, die den Zugang zu Inhalten Dritter vermitteln, z.B. Suchmaschinenanbieter oder Portale mit „user generated content“ umfasst, ist eine weitere Einschränkung auf solche Diensteanbieter, die zu diesem Zweck aufgrund einer vertraglichen Verpflichtung Telekommunikationsdienstleistungen nach § 3 Nr. 24 des Telekommunikationsgesetzes anbieten, erforderlich. Erfasst werden solche Diensteanbieter, die eine physikalische Anbindung eines Rechners an das Internet insgesamt als Dienstleistung anbieten.

Satz 3 stellt in diesem Zusammenhang klar, dass diese Verpflichtung nur gilt, soweit eine Jugendschutzrelevanz gegeben ist. Insbesondere bei gemischt privat und gewerblich genutzten Internetanschlüssen z.B. bei Arbeitszimmern von Freiberuflern ist eine solche Jugendschutzrelevanz nicht ausgeschlossen, da eine familiäre Mitnutzung eines Anschlusses erfolgen kann.

Um einen großen Teil der Nutzer zum Einsatz von Jugendschutzprogrammen zu bewegen, sollen diese Programme leicht auffindbar angeboten werden, keine unrealistischen Anforderungen an den technischen Sachverstand der Benutzer stellen und keine unangemessen hohen weiteren Kosten verursachen.

Da es das Ziel der Regelung ist, einen Wettbewerb zwischen verschiedenen Lösungen zu ermöglichen, werden keine konkreten Vorgaben hinsichtlich des Preises, den ein solches Jugendschutzprogramm kosten darf, oder etwa der Anzahl der erforderlichen Klicks bis zur Installation des Jugendschutzprogrammes gemacht. Insoweit wird den verpflichteten Unternehmen zugetraut, dass sie verträgliche Lösungen erarbeiten, die zum einen wirtschaftlich zumutbar sind und zum anderen den Belangen des Jugendschutzes gerecht werden. Bei Neukunden wäre eine Positionierung im Rahmen der Einrichtung der Internetverbindung wünschenswert.

Die Verpflichtung der Zugangsvermittler berücksichtigt auch, dass es Unternehmen gibt, die bereits heute kostenpflichtige Jugendschutzlösungen anbieten, die nicht von Zugangsvermittlern vermarktet werden. Auch diesen Lösungen soll der Weg eröffnet werden, das Verfahren nach Absatz 3 zu durchlaufen.

Auch wenn die Verpflichtung der Zugangsvermittler an das Vorliegen eines schuldrechtlichen Vertrages anknüpft, wird kein unmittelbarer Anspruch des Kunden gegenüber dem Zugangsvermittler auf Überlassung eines Jugendschutzprogrammes begründet.

Absatz 2 greift einen wesentlichen Kritikpunkt an der bisherigen gesetzlichen Ausgestaltung der Jugendschutzprogramme auf. Bisher waren keine konkreten Anforderungen an die Eignung von Jugendschutzprogrammen vorgegeben. Mit den nunmehr in Satz 1 enthaltenen Voraussetzungen zur Eignung wird weitgehend an den jeweiligen Stand der Technik angeknüpft, da sich die technischen Möglichkeiten zur Umsetzung von Jugendschutzprogrammen ebenso weiter entwickeln werden, wie die an die Programme zu stellenden Anforderungen. Durch die in Satz 2 aufgeführten Mindestvoraussetzungen wird sichergestellt, dass Jugendschutzprogramme nur dann die in diesem Staatsvertrag vorgesehenen Wirkungen entfalten, wenn sie den Anforderungen, die von staatlicher Seite an den Jugendschutz zu stellen sind, genügen.

Satz 1 entspricht weitgehend dem bisherigen Absatz 3, doch wird als neues Element der „Stand der Technik“ in die Formulierung aufgenommen. In Anlehnung an die immissionsschutzrechtliche Verwendung dieses Begriffs ist darunter der Entwicklungsstand fortschrittlicher Verfahren, Einrichtungen oder Betriebsweisen zu verstehen, der die praktische Eignung der Maßnahme im Hinblick auf die angestrebten Ziele insgesamt gesichert erscheinen lässt.

Auch wenn ein möglichst umfassender Schutz durch Jugendchutzprogramme erstrebenswert ist, der mit ebenso großer Präzision den Zugang zu allen Angeboten eröffnet, die für eine bestimmte Altersstufe keine entwicklungsbeeinträchtigende Wirkung entfalten, dürfen die gesetzlichen Vorgaben die technische Machbarkeit nicht außer Acht lassen.

Die Medienwirtschaft hat sich bereits bisher intensiv mit der Entwicklung technischer Jugendschutzlösungen befasst und dabei erhebliche Anstrengungen unternommen. Die Ergebnisse dieses Engagements berechtigen zu der Annahme, dass die in Satz 2 aufgeführten, vom Stand der Technik abgekoppelten Mindestvoraussetzungen erfüllbar sind und auf dieser Basis eine dynamische Weiterentwicklung solcher technischer Jugendschutzlösungen zu erwarten ist.

Nach Satz 2 müssen Jugendschutzprogramme losgelöst vom Stand der Technik bestimmte Grundvoraussetzungen erfüllen, damit das in diesem Staatsvertrag angelegte System eines zukunftsfähigen und effektiven Jugendschutzes, der grundlegend auf Kennzeichnungen beruht, die von nutzerautonomen Filterprogrammen ausgelesen werden, erfolgreich sein kann. Die hier aufgeführten Voraussetzungen beschränken sich auf inhaltliche Anforderungen. Auf weitere allgemeine Anforderungen wie Benutzerfreundlichkeit, Hardware- und Softwareanforderungen wird im Interesse einer dynamischen Weiterentwicklung unter Berücksichtigung des technischen Fortschritts verzichtet. Zu den Voraussetzungen von Satz 2 im Einzelnen:

Zu Nummer 1

Der Staatsvertrag verzichtet weitgehend auf die Vorgabe bestimmter Module, die in einem solchen Jugendschutzprogramm enthalten sein müssen. Das einzige Element, dass alle Jugendschutzprogramme beinhalten müssen, ist gemäß Absatz 2 Satz 2 Nr. 1 eine Schnittstelle, die sicherstellt, dass eine nach § 5 Abs. 2 und 3 vorgenommene freiwillige Alterskennzeichnung, die den technischen Vorgaben nach § 12 entspricht, ausgelesen werden kann. Da sich die freiwillige Kennzeichnung nach Altersstufen gemäß § 5 Abs. 1 Satz 2 richtet, bildet dies die wesentliche technische Grundlage für einen wirklich altersdifferenzierten Zugang. Das Verfahren, in dem die für die technischen Festlegungen dieser Schnittstelle festgelegt werden sollen, ist in § 12 geregelt. Ungeachtet dessen können bei der Festlegung des Standes der Technik einzelne bestehende Module wie die Positivliste von „Frag.Finn“ oder das Modul der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften („BPJM-Modul“) berücksichtigt werden.

Zu Nummer 2

Auch wenn davon auszugehen ist, dass Inhalteanbieter von der Möglichkeit der freiwilligen Kennzeichnung intensiven Gebrauch machen, werden Jugendschutzprogramme auch in großer Zahl mit nicht gekennzeichneten Online-Inhalten umzugehen haben. Dabei kann es sich sowohl um inländische als auch ausländische Inhalte handeln. Vor diesem Hintergrund bedürfen Inhalte, die für Minderjährige aller Altersstufen entwicklungsbeeinträchtigend wirken, besonderer Beachtung. Die Anforderung der Nummer 2 bezieht sich daher nur auf die durch das Programm zu treffende Unterscheidung, ob ein Inhalt Nutzern zugänglich gemacht werden soll, die unter 18 Jahre alt sind, oder nicht. Eine Differenzierung nach

den Altersstufen gemäß § 5 Abs. 1 Satz 2 wird in Nummer 2 nicht vorausgesetzt. Eine hohe Zuverlässigkeit ist auch bei der Erkennung absolut und relativ unzulässiger Angebote nach § 4 zu fordern. Gerade bei diesen Inhalten, die teilweise auch strafrechtlich relevant sind, müssen an Jugendschutzprogramme besondere Anforderungen gestellt werden. Dennoch wird auch hier kein absoluter, sondern nur ein relativ hoher Schutz zu erwarten sein. Der bisherige Stand der technischen Entwicklung hat gerade in diesem Zusammenhang einen vergleichsweise hohen Wirkungsgrad erreicht. Dagegen wird ein altersdifferenzierter Zugang derzeit nur durch die Nutzung von Kennzeichen möglich sein.

Zu Nummer 3

Nach Nummer 3 sollen Jugendschutzprogramme von den Verwendern, beispielsweise den Eltern, so eingestellt werden können, dass ausschließlich der Zugang zu gekennzeichneten Inhalten eröffnet wird. Insbesondere internationale Angebote werden jedoch gegebenenfalls keine spezifische Kennzeichnung nach deutschem Recht umsetzen, weshalb es insbesondere für ältere Jugendliche sinnvoll sein kann, einen weiteren Informationszugang zu ermöglichen. Dies setzt voraus, dass weitere Elemente enthalten sind, die aufgrund von automatischen Bilderkennungsverfahren, Black- oder Whitelists automatisierte Entscheidungen über die Filterung treffen. Nummer 3 erkennt die Existenz der technisch bedingten Phänomene „Over- und Underblocking“ für nicht gekennzeichnete Inhalte an und stellt im Hinblick auf die zu stellenden Anforderungen klar, dass diese zueinander in einem engen Zusammenhang stehen. Ziel ist es, den Zugang zum Internet weitgehend frei zu halten von Angeboten, die für die konkret eingestellte Altersstufe nicht geeignet sind. Verbesserungen sind vor allem im Rahmen der Weiterentwicklung des Standes der Technik zu erwarten.

Absatz 3 betrifft das Anerkennungsverfahren für Jugendschutzprogramme.

Satz 1 stellt vorab klar, dass die Erfüllung der Pflichten aus § 5 Abs. 1 nicht durch Programmierung für eine beliebige am Markt befindliche Jugendschutzsoftware erfolgt, sondern die Privilegierung der freiwillig vorgenommenen Alterskennzeichnung weitgehend davon abhängig ist, dass Jugendschutzprogramme auch anerkannt werden. Primär bleibt die KJM für die Anerkennung zuständig, die für die zuständige Landesmedienanstalt eine Entscheidung trifft, bei der ein Antrag auf Anerkennung eines Jugendschutzprogrammes eingegangen ist.

Satz 4 enthält eine Anerkennungsfiktion für den Fall, dass ein solches Programm von einer anerkannten Einrichtung der Freiwilligen Selbstkontrolle positiv beurteilt wurde und die KJM das Programm nicht innerhalb von vier Monaten ab Zugang der Prüfergebnisse der anerkannten Einrichtung der Freiwilligen Selbstkontrolle beanstandet hat.

Für die Beurteilung durch die anerkannte Einrichtung der Freiwilligen Selbstkontrolle gelten ebenfalls die Voraussetzungen nach Absatz 2. Dabei hat die anerkannte Einrichtung der Freiwilligen Selbstkontrolle auch zu prüfen, ob ein ihr vorgelegtes Programm dem Stand der Technik entspricht. Dieser muss nicht vorab abstrakt festgelegt werden, sondern kann inzident im Beurteilungsverfahren geprüft werden. Dies bietet sich insbesondere dann an, wenn der anerkannten Einrichtung der Freiwilligen Selbstkontrolle zeitgleich mehrere Programme zur Beurteilung vorliegen sollten.

Eine Beanstandung durch die KJM muss die wesentlichen Kritikpunkte enthalten und kann nicht damit begründet werden, dass eine ausreichende technische Überprüfung innerhalb der vier Monate nicht möglich gewesen sei. Die Frist von vier Monaten beginnt mit Übermittlung des Prüfergebnisses durch die Selbstkon-

trolleinrichtung. Das Programm selbst muss ebenfalls zur Verfügung gestellt werden. Satz 5 bleibt unberührt.

Gemäß Satz 4 2. Halbsatz wird der Einrichtung der Freiwilligen Selbstkontrolle ein § 20 Abs. 5 Satz 2 entsprechender Beurteilungsspielraum eingeräumt – dieser bezieht sich auch auf die Beurteilung des Standes der Technik.

Ein Jugendschutzprogramm muss nicht nur zum Zeitpunkt der Anerkennung dem Stand der Technik entsprechen, sondern diesen Stand auch künftig beibehalten. Entwickelt sich dieser Stand weiter, muss ein anerkanntes Jugendschutzprogramm an diese Weiterentwicklungen angepasst werden, um einen Widerruf der Anerkennung nach Satz 5 zu verhindern.

Die Regelung in Absatz 4 umfasst sowohl die in der Praxis als „Altersverifikationssysteme“ oder „geschlossene Benutzergruppen“ bezeichneten Zugangsbeschränkungen zu Inhalten nach § 4 Abs. 2 Satz 1 als auch weitere technische Mittel im Sinne von § 5 Abs. 5 Nr. 1. Bisher praktizierte und positiv bewertete Lösungen sollen dadurch ebenso wenig in Frage gestellt, wie neue Entwicklungen eingeschränkt werden.

Grundlage für die Regelung bildet die Praxis für geschlossene Benutzergruppen und Altersverifikationssysteme nach bisherigem Recht. Die Volljährigkeitsprüfung durch persönliche Identifizierung ist nach bestehender Praxis bereits jetzt die Grundvoraussetzung für eine positive Beurteilung eines Altersverifikationssystems durch die KJM.

Neue technische Ansätze, wie z.B. eine „Face-to-Face-Kontrolle“ via Webcam oder ein künftiger Einsatz von elektronischen Identitätsnachweisen (Elektronischer Personalausweis) sind durch die Regelung nicht ausgeschlossen. Die entsprechenden Verfahren müssen jedoch die Sicherheitsanforderungen insgesamt erfüllen.

Satz 2 stellt klar, dass an Systeme, die den Zugang zu Angeboten unterhalb der Schwelle des § 4 Abs. 2 beschränken, Anforderungen je nach dem Grad der Entwicklungsbeeinträchtigung der Inhalte zu stellen sind. Während Inhalte, die erst ab 18 Jahren zugänglich gemacht werden dürfen, die Anwendung eines sehr hohen Schutzmaßstabs rechtfertigen, sind an die Vorschaltung eines technischen Mittels bei einem Angebot, das ab 12 Jahren nicht mehr entwicklungsbeeinträchtigend wirkt, geringere Anforderungen zu stellen.

Zu § 12

§ 12 betrifft die Kennzeichnung bei Telemedien. Wie zu § 11 dargestellt, müssen Jugendschutzprogramme eine Schnittstelle enthalten, die diesen Programmen ermöglicht, Alterskennzeichnungen auszulesen. Sofern eine Kennzeichnung genutzt werden soll, um nach § 11 in Verbindung mit § 5 Abs. 5 Nr. 1 die Pflichten aus diesem Staatsvertrag zu erfüllen, reicht die rein optische Kennzeichnung allein nicht aus. Die Kennzeichnung muss einem technischen Standard entsprechen, der nach § 12 Satz 2 von den anerkannten Einrichtungen der Freiwilligen Selbstkontrolle, der KJM, den in der ARD zusammengeschlossenen Landesrundfunkanstalten, dem ZDF und dem Deutschlandradio im Benehmen mit den obersten Landesjugendbehörden festzulegen ist.

Zu einer einvernehmlichen Regelung der nach diesem Staatsvertrag zuständigen Aufsichtsstellen und Einrichtungen ist das Benehmen der obersten Landesjugendbehörden einzuholen, da diese im Umgang mit Alterskennzeichen über eine lange praktische Erfahrung verfügen. Das ist vor allem dann wichtig, wenn es um die zusätzliche optische Darstellung der Kennzeichen geht.

Zu Nummer 11

Durch die Einfügung des Erfordernisses in § 15 Abs. 2 Satz 2, dass über Satzungen und Richtlinien zur Durchführung dieses Staatsvertrages das Benehmen mit den Einrichtungen der Freiwilligen Selbstkontrolle herzustellen ist, wird deren Rolle als Beteiligte am System der regulierten Selbstregulierung hervorgehoben. Das Verfahren der Benehmensherstellung ist besser als eine bloße Anhörung geeignet, die Erfahrungen der Einrichtungen der Freiwilligen Selbstkontrolle in Regelungsvorhaben einzubeziehen und den einheitlichen Vollzug der so getroffenen Regelungen sicher zu stellen.

Zu Nummer 12

Nummer 12 erweitert den Zuständigkeitskatalog des § 16 um die Zuständigkeit der KJM im Rahmen der Herstellung des Benehmens bei der einheitlichen Kennzeichnung von entwicklungsbeeinträchtigenden Sendungen (§ 10 Abs. 2 Satz 3 des Staatsvertrages) und Telemedien (§ 12 Satz 2 des Staatsvertrages). Insoweit handelt es sich um eine Folgeänderung.

Zu Nummer 13

Die in § 17 Abs. 2 vorgenommene Ergänzung dient dem Regelungsziel des Staatsvertrages, der fortschreitenden Medienkonvergenz Rechnung zu tragen, auch im Hinblick auf das Verfahren der KJM. Dementsprechend wird staatsvertraglich verankert, dass die KJM auch mit den obersten Landesjugendbehörden zusammenarbeiten und einen regelmäßigen Informationsaustausch pflegen soll. Dies gilt unabhängig davon, dass die für den Jugendschutz zuständigen obersten Landesbehörden gemäß § 14 Abs. 3 Satz 2 Sachverständige in die KJM entsendet.

Mit der Ergänzung des Absatzes 3 soll der von der KJM über die Durchführung der Bestimmungen des Jugendmedienschutz-Staatsvertrages zu erstattende Bericht auch die Dauer der Verfahren der KJM darstellen. Diese Dokumentationspflicht soll einen Beitrag zur Beschleunigung der Verfahren leisten.

Zu Nummer 14

Durch die in § 18 Abs. 1 Satz 2 vorgenommene Streichung der Angabe „bis zum 31. Dezember 2012“ wird die durch die obersten Landesjugendbehörden eingerichtete gemeinsame Stelle Jugendschutz aller Länder „jugendschutz.net“ auf eine dauerhafte Finanzierungsgrundlage gestellt.

Die Neufassung des Absatzes 4 sieht eine Privilegierung von Mitgliedern einer anerkannten Einrichtung der Freiwilligen Selbstkontrolle vor. Während „jugendschutz.net“ den Anbieter auf Verstöße gegen Bestimmungen dieses Staatsvertrages hinweist und die KJM informiert, soll bei Verstößen von Mitgliedern einer anerkannten Einrichtung der Freiwilligen Selbstkontrolle zunächst diese Einrichtung informiert werden. Der gemeinsamen Stelle „jugendschutz.net“ bleibt es unbenommen, die KJM zu informieren, wenn die anerkannte Einrichtung der Freiwilligen Selbstkontrolle untätig geblieben ist oder „jugendschutz.net“ die eingeleitete Maßnahme als nicht ausreichend erachtet.

Zu Nummer 15

Mit der Änderung in § 19 Abs. 4 wird dem Umstand Rechnung getragen, dass für Computerspiele und Filme zunehmend das Internet als Vertriebsweg neben oder anstelle des Vertriebs von Offline-Datenträgern (z. B. DVDs oder CD-ROMs) genutzt wird. Die Erfahrungen der Einrichtungen der Freiwilligen Selbstkontrolle, die auf der Grundlage des Jugendschutzgesetzes Spiele und Filme, die auf Datenträgern verbreitet werden, kennzeichnen, sollen auch im Bereich des Online-Vertriebs nutzbar gemacht werden.

§ 19 Abs. 4 nimmt Bezug auf die Vereinbarungen gemäß § 14 Abs. 6 Satz 1 des Jugendschutzgesetzes, um die Einrichtungen der Freiwilligen Selbstkontrolle nach dem Jugendschutzgesetz zu bestimmen, die künftig auch im Geltungsbereich des Jugendmedienschutz-Staatsvertrages Alterskennzeichen vergeben sollen. Zum 1. Januar 2010 waren aufgrund entsprechender Vereinbarungen nach § 14 Abs. 6 Satz 1 des Jugendschutzgesetzes für die Prüfung von mit Spielen programmierten Bildträgern die Unterhaltungssoftware Selbstkontrolle (USK) und von mit Filmen bespielten Bildträgern die Freiwillige Selbstkontrolle der Filmwirtschaft (FSK) tätig. Die konkrete Ausgestaltung dieser Vereinbarungen ist hierbei für die Betätigung nach dem Jugendmedienschutz-Staatsvertrag unbeachtlich.

USK und FSK gelten nach der Maßgabe des § 19 Abs. 4 als anerkannte Einrichtungen der Freiwilligen Selbstkontrolle nach dem Jugendmedienschutz-Staatsvertrag. Diese Fiktion der Anerkennung hat zur Folge, dass USK und FSK mit Inkrafttreten der Regelung ihre Prüftätigkeit im Bereich der Telemedien aufnehmen können, ohne zuvor ein formales Anerkennungsverfahren bei der KJM durchlaufen zu müssen. Gemäß § 19 Abs. 4 Satz 6 ist lediglich die Aufnahme der Tätigkeit bei der KJM anzuzeigen. USK und FSK treten damit neben die bereits durch die KJM anerkannten Einrichtungen der Freiwilligen Selbstkontrolle. Im Übrigen gelten sämtliche Vorgaben, die für die bereits anerkannten Einrichtungen der Freiwilligen Selbstkontrolle nach dem Jugendmedienschutz-Staatsvertrag gelten. Dies gilt insbesondere für die in § 19 Abs. 3 genannten Anerkennungskriterien. Hieraus folgt auch, dass die in die jeweiligen Einrichtungen entsandten Ständigen Vertreter der obersten Landesjugendbehörden an den Prüfverfahren nach diesem Staatsvertrag nicht beteiligt sind. Die Einrichtung der Freiwilligen Selbstkontrolle hat jedoch bei der Prüfung nach diesem Staatsvertrag eine im Übrigen dem Standard des Jugendschutzgesetzes entsprechende Prüfung vorzunehmen.

Die Fiktion der Anerkennung ist sowohl hinsichtlich der Prüftätigkeit als auch hinsichtlich des Prüfgegenstandes begrenzt. Hinsichtlich der Prüftätigkeit ist diese Fiktion auf den Bereich der freiwilligen Alterskennzeichnung beschränkt. Keine Befugnisse bestehen beispielsweise im Bereich der Anerkennung von Jugendenschutzprogrammen. Der Prüfgegenstand ist beschränkt auf Filme und Computerspiele, die typischerweise auf Datenträgern veröffentlicht werden, für die jedoch mit der Möglichkeit zum Download im Internet ein anderer Vertriebsweg gewählt wurde. Nicht erfasst werden damit im Bereich der Filme beispielsweise für das Internet typische kurze Videoclips, deren Vermarktung auf Datenträgern in der Regel nicht in Betracht kommt. Im Bereich der Computerspiele sollen beispielsweise reine Browser Spiele von der Anerkennungsfiktion ausgenommen sein. Die Vorschrift zur Übernahme von Bewertungen bereits offline gekennzeichnete Inhalte (§ 5 Abs. 4) bleibt unberührt.

Die vorgenannten Beschränkungen begründen keine Alleinzuständigkeit von USK und FSK für die Alterskennzeichnung derartiger Inhalte. Soweit USK und FSK ihren Handlungsspielraum hinsichtlich Prüftätigkeit und Prüfgegenstand ausdehnen wollen, ist ein formales Anerkennungsverfahren bei der KJM erforderlich.

Mit der Änderung in § 19 Abs. 5 werden die Handlungsmöglichkeiten der KJM gegenüber den Einrichtungen der Freiwilligen Selbstkontrolle erweitert und damit ein abgestuftes Sanktionsinstrumentarium im Rahmen der regulierten Selbstregulierung zur Verfügung gestellt. Die Evaluierung der Vorschrift hatte insoweit ergeben, dass die gesetzliche Beschränkung auf die Möglichkeit zum Widerruf einer einzelfallgerechten und verhältnismäßigen Reaktion der KJM entgegenstand. Sowohl die Möglichkeit des Widerrufs der Anerkennung als auch die anderen in diesem Absatz genannten Aufsichtsbefugnisse stehen der KJM auch gegen-

über diejenigen Einrichtungen der Freiwilligen Selbstkontrolle zur Verfügung, die gemäß § 19 Abs. 4 Satz 5 als anerkannt gelten.

Im Hinblick auf die Erweiterung der Handlungsmöglichkeiten der KJM gegenüber den Einrichtungen der Freiwilligen Selbstkontrolle in § 19 Abs. 5 ist die nach den bisherigen Sätzen 5 und 6 bislang vorgesehene Befristung und Verlängerung der Anerkennung entbehrlich und wird gestrichen.

Zu Nummer 16

Durch die Änderung in § 20 Abs. 3 Satz 1 wird klargestellt, dass die KJM bei Verstößen gegen das Verbot der Verbreitung und Zugänglichmachung von absolut unzulässigen Angeboten nach § 4 Abs. 1 auch dann Maßnahmen ergreifen kann, wenn die vorangegangene Entscheidung der Freiwilligen Selbstkontrolle im Rahmen ihres Beurteilungsspielraums gefallen ist.

Die Ergänzung in § 20 Abs. 5 Satz 3 sieht die gesetzliche Anordnung der sofortigen Vollziehung von Maßnahmen der KJM vor, die sich gegen unzulässige Telemedienangebote gemäß § 4 richten. Damit wird das Regelausnahmeverhältnis zwischen aufschiebender Wirkung und sofortiger Vollziehbarkeit zugunsten einer effektiven Aufrechterhaltung des Jugendschutzes umgekehrt und einer potenziellen Gefährdung der Entwicklung von Kindern und Jugendlichen durch unzulässige Angebote in elektronischen Informations- und Kommunikationsmedien in diesen gravierenden Fällen entgegengetreten. Erfasst sind Maßnahmen, die Angebote betreffen, die absolut unzulässig sind oder nur Erwachsenen zugänglich gemacht werden dürfen.

In § 20 Abs. 6 Satz 2 wird der Auffangtatbestand für die Zuständigkeit der Landesmedienanstalt, in deren Bezirk der Anlass für die Amtshandlung hervortritt, um den Tatbestand der Gefahr im Verzug für unaufschiebbare Maßnahmen ergänzt.

Die Evaluierungsregelung in § 20 Abs. 7 wird wegen Zeitablaufs gestrichen.

Zu Nummer 17

In § 24 Abs. 1 Nr. 1 Buchstabe d erfolgt eine redaktionelle Anpassung an § 4 sowie eine redaktionelle Anpassung an das geltende Strafgesetzbuch.

Buchstabe e enthält eine redaktionelle Anpassung an den geänderten § 4.

Buchstabe k enthält eine redaktionelle Anpassung an den neuen § 4 Abs. 1 Nr. 10.

Die neue Nummer 4 privilegiert die freiwillige Alterskennzeichnung von Telemedien unter Zuhilfenahme eines Selbstklassifizierungssystems. Voraussetzung für diese Privilegierung ist das Vorliegen eines Selbstklassifizierungssystems einer anerkannten Einrichtung der Freiwilligen Selbstkontrolle. Eine zu niedrige Alterskennzeichnung kann nicht als Ordnungswidrigkeit geahndet werden, wenn sich der Anbieter bei der Erstellung eines Selbstklassifizierungssystems bedient hat und dieses ordnungsgemäß durchlaufen hat. Sofern der Anbieter dies dokumentiert, kann er nicht mit einem Bußgeld belegt werden. Alle anderen Aufsichtsmaßnahmen gegenüber dem Anbieter sind selbstverständlich weiterhin möglich. Sinn und Zweck dieser Regelung ist es, für Anbieter einen Anreiz zu schaffen, ihre Angebote freiwillig zu kennzeichnen. Bei der korrekten Anwendung eines Selbstklassifizierungssystems bedienen sie sich dabei einer Hilfestellung, die auf den Erfahrungen der Freiwilligen Selbstkontrolle bei der Altersbewertung aufbaut. Selbstverständlich bleibt der Anbieter auch beim Einsatz eines Selbstklassifizierungssystems verpflichtet, dafür Sorge zu tragen, dass Kinder oder Jugendliche entwicklungsbeeinträchtigende Inhalte üblicherweise nicht wahrnehmen. Der Anbie-

ter bleibt also dazu verpflichtet, eine zu niedrige Alterskennzeichnung zu berichtigen. Insofern kann Jugendmedienschutz weiterhin effektiv durchgesetzt werden und gleichzeitig ein Anreiz zur Kennzeichnung von Internetinhalten mit Hilfe eines Selbstklassifizierungssystems gesetzt werden.

Da die Alterskennzeichnung freiwillig ist, bestimmt Nummer 5, dass derjenige, der sein Angebot kennzeichnet, nur dann ordnungswidrig handelt, wenn er wiederholt sein Angebot offenbar zu niedrig bewertet oder kennzeichnet.

In Nummer 9 ist nun auch der Verstoß gegen die Werbe- und Teleshopping-Regelung mit einer Ordnungswidrigkeit belegt.

Nummer 10 enthält eine redaktionelle Anpassung an § 7.

Nummer 11 enthält die Bestimmung einer Ordnungswidrigkeit zu § 7 Abs. 3 Satz 4 und 5.

Nummer 13 belegt den Verstoß gegen § 5 Abs. 1 Satz 1 mit einer Ordnungswidrigkeit, sofern keine Ausnahme nach § 9 Abs. 1 vorliegt.

Absatz 2 enthält eine redaktionelle Anpassung.

II. Begründung zu Artikel 2 Änderung des Rundfunkstaatsvertrages

Die Änderungen des Rundfunkstaatsvertrages betreffen redaktionelle Klarstellungen.

III. Begründung zu Artikel 3 Änderung des Deutschlandradio-Staatsvertrages

Die Änderung ist notwendig, da der Landesverband Sachsen des Bundes der Stalinistisch Verfolgten am 9. Mai 2009 die Auflösung beschlossen und den Landesverband Sachsen der Vereinigung der Opfer des Stalinismus als Rechtsnachfolger gewählt hat. Das Entsendungsrecht soll also nunmehr dem Rechtsnachfolger zustehen.

IV. Begründung zu Artikel 4 Inkrafttreten, Neubekanntmachung

Artikel 4 enthält die Bestimmungen über die Kündigungen, das Inkrafttreten und die Neubekanntmachung der geänderten Staatsverträge.

In Absatz 1 wird zunächst klargestellt, dass die in den vorstehenden Artikeln geänderten Staatsverträge nach den dort jeweils geltenden Kündigungsbestimmungen gekündigt werden können. Diese Staatsverträge behalten durch den 14. Rundfunkänderungsstaatsvertrag weiterhin ihre Selbstständigkeit. Daher ist eine gesonderte Kündigung des 14. Rundfunkänderungsstaatsvertrages als Rahmenstaatsvertrag nicht vorgesehen.

Absatz 2 bestimmt das Inkrafttreten des 14. Rundfunkänderungsstaatsvertrages am 1. Januar 2011. Er ordnet an, dass der 14. Rundfunkänderungsstaatsvertrag gegenstandslos wird, wenn bis zum 31. Dezember 2010 die Ratifikationsverfahren in den einzelnen Ländern nicht abgeschlossen und die Ratifikationsurkunden nicht hinterlegt sind. Die einzelnen Staatsverträge behalten in diesem Fall in ihrer derzeitigen Fassung ihre Gültigkeit.

Nach Absatz 3 teilt die Staatskanzlei des Vorsitzenden der Ministerpräsidentenkonferenz den Ländern die Hinterlegung der Ratifikationsurkunden mit und gewährleistet, dass in den Ländern, soweit erforderlich, die Bekanntmachung erfolgen könnte, dass der Staatsvertrag mit seinen Änderungen in Kraft getreten ist und die Staatsverträge nun in ihrer geänderten Fassung gelten.

Absatz 4 gewährt den Ländern die Möglichkeit, die durch den 14. Rundfunkänderungsstaatsvertrag geänderten Staatsverträge in der neuen Fassung bekanntzumachen. Eine Verpflichtung zu dieser Bekanntmachung besteht nicht.